

Das Wort am Sonntag von Olaf Thomas Opelt 18.05.2014

Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser,

am Montag 19.30 Uhr hat sich das ZDF herabgelassen zu jammern und brachte einen erdachten Bericht, in dem der Austritt Deutschlands aus der EU der größte Gau wäre.

Jetzt fragt man sich für wen es der größte Gau wäre und für wen es ein großer Gewinn wäre.

Das größte Übel, so möchte ich Gau benennen, wäre es für die Rothschild- & Rockefeller-Clans. Der größte Gewinn wäre es für die Völker der Welt. Ja nicht nur für das deutsche Volk sondern für alle Völker, denn alle leiden unter der Last der Machtansprüche der heimatlosen Zionisten, mit denen sie ihre Herrschaft über die Welt verwirklichen wollen.

Es wird die im Völkerrecht festgeschriebene Selbstbestimmung der Völker

(Menschenrechtspakte) nicht anerkannt, es werden Söldner, die es verlernt haben menschlich zu denken zu Morden eingesetzt, es werden Medien benutzt um Menschen hinter das Licht zu führen (sehr vorsichtig ausgedrückt), es werden Forscher mißbraucht um falsche Thesen als Wahrheit aufzutischen, es werden Experten und Historiker Kumpane gebildet um die Geschichte und Gegenwart zu fälschen und die Zukunft falsch zu deuten.

Nach den Abstimmungen in der Ukraine am vergangenen Sonntag wurde von den deutschen Medien der Begriff Annexion im Bezug auf die Angliederung der Krim an Rußland wieder deutlicher auf das Tapet gehoben. Es wird gegiftet bis zum Gehnichts mehr.

Die Schuldenkrise und der ganze andere Dreck, der durch die Europäische Union mit der Atlantikbrücke durchgedrückt wird, erfährt keine Aufmerksamkeit mehr. Einzig und allein werden die Menschen zur Europawahl gedrängt um ein völkerrechtswidriges Parlament zu wählen, das hernach in keiner Weise eine Stimme in der wirklichen Politik dieser verbrecherischen Organisation hat. Um so deutlicher ist es in den letzten Tagen geworden, daß man das Wahlvolk für die Behälter braucht, in denen die Wahlzettel sofort unbrauchbar verascht werden.

Es wird vom 3 x G die 3 %-Hürde abgeschafft.

Und der zweite Mann am 3 x G Leut Kirchhof ließ im Januar 2012 verlauten, daß es doch Volksabstimmungen in der EU geben müßte [3].

Hallo die Waldfee. Das oberste deutsche Ausnahmegericht schafft die 3 % Hürde für das EU-Parlament ab. Die 5 % Hürde für die vermeintlich deutschen Parlamente aber bleiben bestehen. Dafür aber dürfen dort alle in Deutschland wohnenden Menschen aus EU-Staaten mitwählen. Und das alles ist möglich weil die Deutschen nach wie vor auf das Geschmeiß der Nepper, Schlepper, Bauernfänger hereinfällt und sie wie mir es dieser Tage eine Frau am Telefon sagte, die Menschen wie Fliegen an den Leimbändern zu fangen.

Besonders auffallend war dabei die große Sendezeit, die man für DIE LINKE(n) benutzte um diese zwar als Putinverstehler zu enttarnen, ihnen aber genug Zeit gab ausführlich darüber zu berichten, daß sie gegen Krieg und gegen die NATO wären. Hervorragend für diejenigen, die weniger tief denken. Ist doch Krieg, der auch von der NATO unterstützt wird das Grundübel. Derjenige, der aber tiefer denkt muß dabei erkennen, daß gerade DIE LINKE zumindest in der Führung für die Europäische Union eintritt. Letztendlich also gegen Deutschland handelt.

Und weiter denken sollte man, daß ein Mitglied der EU in keinem Fall ohne NATO funktioniert. Hier bitte wieder an die Vermögenssteuer (Schutzgeld) denken, der das Erinnerungsvermögen noch nicht unterstellt ist.

Gysi, der aber gerade in den letzten Tagen gegen die NATO polterte war 2009 [1] in Israel und predigte dort genau wie das Merkela, der Steinmeier, die GRÜNEN sowieso und all das andere Parteiengeschmeiß, die die 5 % Hürde übersprungen haben, die deutsche Staatsräson zur Unterstützung Israels.

Selbstverständlich läßt auch das ganze Parteiengeschmeiß ihr Gesülz über die Volksabstimmung in der EU ab. So vermeint der Gysi in seinen Wahlauftritten, daß was auch im Wahlprogramm der LINKEN festgehalten ist: „*DIE LINKE will mehr demokratische Mitbestimmung. Ohne Gekungel in Hinterzimmern. Mit EU-weiten Volksentscheiden und einer Stärkung des Europäischen Parlaments.*“

Dazu meinte Kirchhof: „*Je mehr die Integration vorangetrieben wird, desto wichtiger wird das. Sonst geht uns die Akzeptanz einer großen europäischen Idee und damit die Europäische Union selbst verloren.*“

Der FDP Finanzexperte Frank Schäffler sagte als er noch am Futtertrog saß: „*Ich glaube, man kann nicht dauerhaft an der Mehrheit der Bevölkerung vorbei Politik machen. Deshalb muss man den Wähler über den weiteren Weg abstimmen lassen*“

Der Europapolitiker Silberhorn von der CSU drückte sich gleich wieder hochgelehrt folgend aus und forderte „mehr plebiszitäre Elemente.“

Auch der herzallerliebste SPDler Oppermann stellt sich in die Reihe, wiegelt aber im gleichen Augenblick wieder ab und verweist auf das Instrument der „europäischen Bürgerinitiative“, wobei letztendlich seit dem Lissabonvertrag Forderungen zu Vertragsreformen und Volksabstimmungen ausgeschlossen sind.

Sollte man sich nicht mehr erinnern können, daß man in Frankreich und in den Niederlanden die Volksabstimmungen zur EU-Verfassung, die mit NEIN ausgingen, einfach links liegen ließ und die Abstimmung in Nordirland sooft wiederholte und mit einem Druck, der dem der Deutschland 1918/19 ausgesetzt war, glich, bis das Ergebnis von einem NEIN auf ein JA gebracht wurde, dann sollte man auch ruhig vergessen oder erst gar nicht zur Kenntnis nehmen, daß erst am Donnerstag eine Demonstration von einigen hundert Menschen gegen das Freihandelsabkommen in Brüssel stattfand und man dabei herzallerliebste zum eigenen Schutz der Demonstranten 250 von ihnen festsetzte und den Rest mit Wasserwerfern reinigte. Ist es evtl. in Vergessenheit geraten, daß im Bund also in der BRD(nicht in den Ländern) gar keine Volksabstimmungen zugelassen sind und da palavern die Leute von Volksabstimmungen in der EU? Tut es nicht weh?

Das Leut Gysi, der eine hervorragende Rhetorik beherrscht muß dann seine Rede vom Blatt ablesen um nicht in Fettnäpfchen zu treten. Hätte sich Steinbrück dieses angeschaut wäre jetzt evtl. die SPD anstatt der CDU an der Macht.

Schauen wir noch ein wenig tiefer in den ganzen Klamauk, dann erkennt man, daß die CDU mit dem Merkel eher die Vertretung der Rockefellerclans übernimmt, die SPD aber schon aus der Historie heraus die der Rothschildclans.

Und dann werden diese Sozialdemokraten (Sozialvolksbeherrscher) als Sozialisten bezeichnet. Ein Unding in sich selbst, das nur mit tiefem Wissen erkannt werden kann.

Ach ja, ich bin ja nur ein Unzufriedener, dessen Leben sich nicht so gestaltet hat wie er es sich

eingebildet, vielleicht auch noch ein kleinwenig verwirrt im Geist, so daß es bereits seitens der ach so lieben BRD-Justiz angedacht war, mich unter Betreuung zu stellen. Na ja, dann möchte ich doch mal auf die Nachricht von ntv [2] hinweisen, wo berichtet wird, daß das Merkela dem SPDler Schulz gegenüber doch den konservativen Juncker bevorzugt, dem Erfinder des Zionistschritts – zwei vor und einen zurück, um somit mit jedem Schritt einen weiter zu sein- frei nach der Devise :

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Dieses Zitat war im SPIEGEL 52/1999 zu finden.

Und was passiert sonst?

Das leidige Problem liegt derzeit immer noch in der Ukraine. Nachdem man den Irak und Afghanistan erledigt hat, in Kenia, die einzige Demokratie des Nahen Ostens sich festgesetzt hat, der Norden Afrikas westlich befriedet wurde, man aber in Syrien endlich die Flügel gestutzt bekam, hat man große Mühe, daß es in der Ukraine nicht wieder genau so wird.[4]

Da wird herangekarrt was man so hat. Die die aus Tschetschenien fliehen mußten, die Blackwater-Gannoven aus dem Irak und wenn es notwendig wird gibt man dieser brisanten Mischung noch etwas von den „Muslischen Rebellen“, die aus Syrien vertrieben werden, dazu. Die Faschisten hat man ja selbst im Land.

Um aber diesen ganzen Haufen gleichmäßig ausschauen zu lassen wird von den BRD-Schergen eine einheitliche Uniform geschenkt [5], so daß es schon von Augenschein nicht klar ist, daß dieser ganze Dreckhaufen den zusammengekehrten Abfall aus den verschiedenen Krisengebieten darstellt.

Und siehe da [6] der Westen pumpt 1 Milliarde in ihr derzeit liebstes Kind. Eine Milliarde, nicht einmal 1/3 der Gasschulden, die inzwischen aufgelaufen sind, wobei von diesem Geld auch noch der Söldnereinsatz [7] und die Gelder für die durch einen Putsch an die Macht gekommenen erbracht werden müssen. Es wird also noch nicht einmal die Vorauszahlung für das Gas für den Monat Juni abgedeckt werden. Und Rußland wäre dreimal blöd, wenn es das Gas weiter in das Faß ohne Boden pumpen würde.

Jetzt aber wieder zu einem Thema, was ebenfalls sehr interessant ist.

Um nachzuprüfen was die BRD über meine Ausarbeitungen des „[Tag 1](#)“ und der „[Begründung zum 2+4 Vertrag](#)“ meint, hat Frau Reiter bei den Stellen des BRD-Regimes versucht nachzuforschen, inwieweit sie sich in dieser Sache erklären.

Dazu möchte ich heute die Nachforschung, die Frau Reiter bei der Außenstelle, Amt ist es ja keins wegen der fehlende öffentlichen Berechtigung, getätigt hat, veröffentlichen und eine Erklärung dazu abgeben.

So wurde von Frau Reiter folgende Frage gestellt

„Die Frage: Wann haben die einzelnen Vertragsabschließenden den "2+4 Vertrag" ratifiziert und wo könnte man die entsprechenden Urkunden einsehen?“

Darauf antwortete die Außenstelle sehr schnell und höflich und sendete den Link, wo man dieses einsehen könnte, der mir zu dieser Zeit bereits bekannt war, es mich aber verwunderte, daß es sie selbst nicht bekümmert, da dort das angebliche Inkrafttreten durch die im Vertrag selbst

vorgeschriebene Ratifizierung (Artikel 8) am 15.03.1991 stattgefunden hat.

Um in der Sache weiterzukommen hat sich Frau Reiter beauftragen lassen, eine weitere Frage in Bezug auf die Regelung in Bezug auf Berlin zu stellen.

„...inwieweit hat dieses Übereinkommen Auswirkung auf die im Artikel 7 Abs. 2 des "2+4 Vertrages" festgestellte Souveränität für das vereinte Deutschland?“

Es ist dazu zu sagen, daß auch hier der Link auf der nichtamtlichen Seite der Außenstelle, die sie uns schickte bereits bekannt war.

Sie antworteten aber natürlich mit gewechseltem Ansprechpartner sehr höflich und auch wieder schnell, daß der „2+4 Vertrag“ mit der Regelung in Bezug auf Berlin konkretisiert worden wäre. Dazu schrieben sie:

„...Die Souveränität Deutschlands über das Gebiet Berlins wurde durch dieses Abkommen indessen nicht beschränkt. Vielmehr stellt das Abkommen in seiner Präambel fest:

„[...] in Anerkennung der Tatsache, daß mit Abschluß des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland und mit Herstellung der deutschen Einheit die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin ihre Bedeutung verlieren und daß das vereinte Deutschland volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten haben wird [...]“.

Das Abkommen war notwendig, da West-Berlin in der Nachkriegszeit zwar der Rechtsstatus eines Bundeslandes der Bundesrepublik Deutschland zukam, es gleichzeitig jedoch besatzungsrechtlichen Beschränkungen unterworfen war.

Ein wunderbarer Wirrwarr dem Jemand, der sich nicht tiefgründig damit beschäftigen kann, nicht offenbar wird. Angeblich hätte das vereinte Deutschland mit den in der Begründung ausgearbeiteten Ergebnis nicht Inkraftgetretenen „2+4 Vertrag“ seine volle Souveränität wieder erlangt. Wozu denn aber die Konkretisierung in Bezug auf Berlin? Heißt es im „2+4 Vertrag“ nicht ---für Berlin und Deutschland als Ganzes? Und wieso wird in der Konkretisierung, also in der Regelung von Berlin Teile des Deutschlandvertrags 1990 festgeschrieben und diese Festschreibung 1994 von dem vermeintlichen Deutschland erst ratifiziert?

Hat man 1994 Seitens der BRD vermeint, daß der ganze Wendewirrwarr endgültig festgeschrieben wäre, zumindest in den Hirnen des hinter das Licht geführten Volks?

Eine nächste Frage ist: Heißt dieses vermeintliche heutige Gebilde Deutschland oder BRD? Sie bezeichnen sich als Deutschland in keiner Nachricht wird über eine Bundesrepublik Deutschland gesprochen, allerhöchstens über einen Bund. So wurde zielgerecht darüber die nächste Anfrage von Frau Reiter gestellt.

.....in den Beck'schen Texten zum Grundgesetz, die alljährlich wieder als
> Taschenbücher erscheinen, steht auch im Jahr 2013 "Grundgesetz für die
> Bundesrepublik Deutschland"
> Nun die eigentliche Frage:
>
> wie heißt der Staat nun offiziell- Bundesrepublik Deutschland oder
> Deutschland?

- > Wie er z. B. bei den 6+1 Gesprächen Zwecks des Iranischen Atomprogramms
- > genannt wird

Nunmehr kamen sie sich entweder etwas verarscht oder angepißt vor, womit ich ihnen ja eigentlich Recht geben muß, denn wir haben sie versucht aus der Deckung zu locken. Sie antworteten folgendermaßen:

„Laut "Verzeichnis der Staatennamen für den amtlichen Gebrauch in der Bundesrepublik Deutschland" heißt unser Land in der amtlichen Vollform "Bundesrepublik Deutschland". Daher heißt es auch "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland".

Eine hervorragende Antwort, wenn man sie richtig zu nehmen weiß. Als erstes nennen sie die Brd nicht Staat sondern Land und gehen letztendlich konform zumindest in dem Punkt, daß die Brd zu **keiner** Zeit ein Staat war.

Auf keinen Fall ist es eine amtliche Vollform mehr, sondern sie war es vom 07.09.1949 bis zum 17.07.1990 aufgrund besatzungsrechtlichen Vorschriften..

Schaut man auf die Adresse, die die Außenstelle in dieser Antwort Zwecks der Bezeichnung mitgesendet hat, kann man lesen, daß der einzelne Staatsangehörige als DEUTSCHE bzw. DEUTSCHER bezeichnet wird; eine Gesamtstaatsangehörigkeit, also ohne Unterscheidung des Geschlechts ist da nicht zu finden, außer dem Adjektiv „deutsch“.

Auf dem Angestelltenausweis aber ist das Adjektiv großgeschrieben zu finden. Will man damit versuchen die verschiedenen Geschlechter zusammenzufassen um nicht für z. B. das Neutrum Merkela „DEUTSCHES“ eintragen zu lassen? Wäre es vielleicht eines sog. Flashmob wert die Außenstelle um Aufklärung zu bitten, warum das einzelne Geschlecht auf dem Angestelltenausweis verheimlicht wird? Aber halt, die inzwischen unpersonifizierte Antwort geht da ja noch weiter und zwar:

„Die Auskünfte des Bürgerservice beruhen auf den zum angegebenen Zeitpunkt verfügbaren Informationen. Diese wurden nach bestem Wissen und unter Beachtung größtmöglicher Sorgfalt erstellt. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit sowie eine Haftung für eventuell eintretende Schäden kann dennoch nicht übernommen werden“

Welche Informationen und welcher Zeitpunkt haben denn da die herzallerliebsten vom Bürgerservice. Befinden sie sich in Dresden der Vorwendezeit im „Tal der Ahnungslosen“? Nein sie sitzen in Berlin, wahrscheinlich aber da in irgendwelchen alten Luftschutzbunkern. Halt was sage ich, sie haben ja per e-Post geantwortet, also haben sie Zugang zum Internet. Diese Leute arbeiten im Auftrag von diesem vermeintlichen Außenamt, da ist doch der Steinmeier Chef, der in der Welt herumsaust wie einst die Westerwelle. Hat der Steinmeier nicht erst versucht den Runden Tisch nach Kiew zu schaffen und hat er wegen dieser überaus schwierigen und großen Arbeit keine Zeit Informationen für besseres Wissen an den Bürgerservice zu geben? Wird wohl alles nicht so sein, sondern sie verweigern freiwillig die Wahrheit um an ihrem Futtertrog weiter sitzen zu bleiben. Und so wie sie ihren Dreck reinfressen, wird er halbverdaut wieder herausgepreßt.

Wer sich in der Landwirtschaft auskennt weiß, daß Schweine den geringwertigsten Mist fabrizieren, der eigentlich sonderentsorgt gehört.

Und für diesen ganzen Dreck, den sie fabrizieren wird keine Gewähr übernommen und auch keine Haftung. Daß mit der Gewähr ist verständlich, daß sie das nicht wollen, aber mit der Haftung da stehen sie wahrscheinlich wirklich ohne Information.

So möchte ich es ihnen hiermit deutlich sagen – es wird die Zeit kommen, so es das deutsche Volk will, in der es ordentliche Gerichte gibt und die werden ihnen es schon erklären, daß sie haftbar sind, weil sie völlig privatrechtlich handeln ohne jeglichen staatlichen Schutz. Und dann ist auch die Frage mit der Gewähr erledigt, die sie erbringen werden müssen, soweit es ihnen noch irgendwie möglich ist.

Und dann im selben Atemzug haben sie wieder völlig Recht, indem sie mitteilen:

„ Gesetzliche Vorschriften eines Landes können sich ändern, ohne dass der Bürgerservice hiervon unterrichtet wird.“

Hier sollte aber der Bürgerservice wissen, daß der Rechtssatz – „Nichtwissen schützt vor Strafe nicht.“ – wieder gelten wird, wenn die Zeit gekommen ist, in der gültiges deutsches Recht und Gesetz auf der Grundlage von Völkerrecht wieder angeht.

Am Ende ist ihnen wahrscheinlich klar geworden, daß der Name Margot Reiter nicht mit irgend etwas Deutschen zu tun haben kann und so haben sie sich vermeintlich gedacht, dieser Frau wohl eine Migrantin, entsprechende Hinweise zu geben um sich in der Welt der BRD zurechtfinden zu können.

Durch diesen deutlichen Fingerzeig, daß sie sich nicht mehr gemüßigt fühlen zu antworten ist die Gesprächsrunde darauf gekommen, diesen Bürgerservice bzw. die Außenstelle bis zum Abrechnungstermin nicht mehr durcheinander bringen zu wollen.

Als "Dom Pérignon" der Operetten bezeichnet Axel Brüggemann die „Fledermaus“ von Johann Strauß.

Da wird im allerschönsten Delirium folgendes geträllert: „Glücklich ist, wer vergißt, was nicht mehr zu ändern ist...“

Da bleibt letztendlich nur zu sagen, daß nach dem Delirium schweres Kopfweg bleibt und alles nur noch schlimmer wird.

Es sich also trotz allem weiter ändert. Um aber die Änderung auf den richtigen Weg zu bringen bedarf es Herz und Verstand, aus denen Vernunft entstehen kann, wenn man gut denkt, gut redet und gut handelt

Olaf Thomas Opelt
Staatsrechtlicher Bürger der DDR
Reichs- und Staatsangehöriger
Mitglied im Bund Volk für Deutschland

- [1] <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/linkspartei-gysis-einsamer-kampf-fuer-israel-1752638.html>
- [2] <http://www.n-tv.de/politik/Juncker-hat-Zusage-von-Merkel-article12806786.html>
- [3] http://www.focus.de/politik/ausland/eu/europaweite-volksabstimmungen-kirchhof-fordert-direkte-demokratie-in-der-eu_aid_711006.html
- [4] <http://www.russland.ru/ostukraine-ukrainische-nationalgarde-im-einsatz-bei-referendum-video-aus-youtube/>
- [5] : http://german.ruvr.ru/news/2014_05_13/Ukrainische-Polizei-bekommt-neue-Uniformen-aus-Deutschland-0290/
- [6] http://german.ruvr.ru/news/2014_05_13/Europaische-Union-bewilligt-Ukraine-eine-Milliarde-Euro-6988/
- [7] <http://www.bild.de/news/aktuell/aufstaendische-in-ostukraine-grosse-verluste-36017764.bild.html>